

Werner A. Perger

## Und nun?

### Ein europäischer Rundblick nach dem Absturz in Berlin



Werner A. Perger

(\* 1942) promovierter Jurist, ist freier Journalist und Autor, schreibt hauptsächlich für *Die Zeit*. Er beschäftigt sich vor allem mit der Diskussion politischer Ideen und Programme in Europa und mit Problemen der Demokratie. Er lebt und arbeitet in Berlin.  
perger@zeit.de

Das Debakel der SPD war nicht der erste Rückschlag für die europäische Sozialdemokratie seit Ausbruch der Weltfinanzkrise im September 2008. Aber diese eine Niederlage hat immerhin eine größere Dimension als andere und ihre psychologische Wirkung ist härter, nicht nur im eigenen Land. Sie ist nicht zu mildern oder gar zu kompensieren durch die kleinen Wahlsiege an der Peripherie der EU, in Portugal und Griechenland, oder im Nicht-EU-Ölland Norwegen. Hat der schwedische Sozialdemokrat übertrieben, der kürzlich im privaten Gespräch sagte: »Das ist eine europäische Katastrophe«.

Ein gewaltiges Wort: *Katastrophe*. Zu stark. Da es ja immer noch schlimmer kommen könnte, ist noch nicht alles verloren. Und dass es gar keinen Ausweg aus dem Schlammassel gibt, ist noch nicht ausgemacht. Aber ein Rundblick über die historischen Kernländer der Arbeiterbewegung und der demokratischen Linken offenbart gleichwohl schonungslos die aktuelle Tristesse der Situation. Ob Wahlergebnisse oder Umfragen oder beides: Europas Mitte-Links-Parteien aller Schattierungen – »Welfare-to-Work«- und »Agenda«-Reformer, Linksbündnis-Partner, Sozialleistungsgaranten – stehen politisch fast ausnahmslos entweder mit dem Rücken zur Wand, wie die britische Labour Party oder wie die SPD am Rande des Abgrunds: Hier muss der nächste Schritt in die richtige Richtung erfolgen.

Der Ernst der Lage war freilich schon absehbar bei der Europawahl, die wegen ihrer Sonderrolle in den Parteizentralen zwar nicht so schwer genommen wurde, deren Ergebnisse dennoch illustrativen Charakter haben. Wie sich herumgesprochen hat, lädt diese Wahl mit ihrer peripheren Bedeutung die unzufriedenen Wähler besonders dazu ein, Ressentiments gegen Politiker und Parteien abzuladen, ohne die Skrupel oder Rücksichten, von denen sie sich bei nationalen Wahlen vielleicht bremsen ließen. Hier darf der Protest blindlings zuschlagen. So sind EU-Wahlen die Hochsaison für Oppositionsparteien, besonders für kleine und bizarre. Bei der Europawahl 2009 legten deshalb auch überall die Oppositionsparteien zu – mit Ausnahme der Sozialdemokraten. Sie verloren auch, wenn sie in ihrem Land machtlos waren. Egal. Die sozialdemokratische Linke verlor quer über den Kontinent, ob Opposition, Alleinregierung oder in einer Koalition. Und sie verlor am meisten im ehemaligen Stammwählermilieu. Überall. Der britische Politikwissenschaftler Simon Hix (London School of Economics) hat die nationalen Detailanalysen verglichen und festgestellt: Am höchsten waren die Verluste der Sozialdemokraten stets in den niedrigsten Lohngruppen, am geringsten im Milieu der gut verdienenden

Angestellten. Die Basis löst sich auf. Die Luft ist raus, das Vertrauen kaputt, die Krise besorgt den Rest.

Eine paradoxe Situation: Immerhin waren es nicht die Repräsentanten der Arbeiterbewegung und der einstigen Arbeiterparteien, die diese Krise herbeigeführt haben. Nicht einmal den Ideologen vom gesamteuropäischen *Old Labour*-Sockel der Linksparteien und der Gewerkschaften, denen seinerzeit *New Labour* und Tony Blair den Kampf angesagt hatten, könnte man das vorwerfen. Nicht sie haben das soziale Gemeinwohl – den *stakeholder value* – als wirtschaftsfeindliche Ideologie verteufelt, die Deregulierung und Privatisierung zum Wohlstandsmotor hochgejubelt und den *shareholder value* ideologisch zum Goldenen Kalb des neuen Millenniums aufgeputzt. Das waren, um Gerhard Schröders Begriff aus dem Wahljahr 2005 zu benutzen, »die anderen«: die Konservativen, die Neoliberalen, die Marktorthodoxen. Sie verstummten erst in den Wochen nach dem 15. September 2008, dem Tag des Lehman-Zusammenbruchs. Ausgerechnet sie sind es nun, die inmitten der Krise vom Wahlverhalten der Bürger profitieren. Der Mainstream der europäischen Wahlen begünstigt die alten Kräfte.

**»Der Mainstream  
der europäischen Wahlen  
begünstigt die alten  
Kräfte.«**

### **Strafraktionen, wohin man blickt**

Vor allem die Konservativen haben es inzwischen verstanden, Ängste und Sorgen der Bürger mit angemessenen Korrekturen der eigenen Position aufzufangen, mit programmatischer Flexibilität und rhetorischer Anpassung. Viele frühere Freie-Markt-Ideologen sind heute entschlossene Staatsinterventionisten und Verteidiger der Sozialstaatsidee, nur für Experten noch unterscheidbar von der Mitte-Links-Sozialdemokratie. Sie wenden sich mit imponierender Gebärde gegen die Exzesse des »Raubtierkapitalismus« (Helmut Schmidt), der den Menschen mit seiner Gier Angst macht. Der Schwede Reinfeldt, die Deutsche Merkel, der Österreicher Pröll, der Brite Cameron, sogar der Franzose Sarkozy posieren in dieser Stunde der Gefahr als erfahrene Großwildjäger. Den Wählern, an Entertainment mit Happy End längst gewöhnt, flößt das Vertrauen ein. Obendrein weiß man ja aus Erfahrung: Diese Leute sprechen die Sprache der Löwen und Tiger. Umso eher könnten sie mit ihnen fertig werden.

Ganz anders die Sozialdemokraten. Deren Image ist düster. Man könnte meinen, »die Sozis« hätten, statt den Raubtierkapitalismus zu erledigen, die profitgierigen Bestien gefüttert und verwöhnt mit den Sozialleistungen, die sie den Menschen mit ihren diversen »Agenda«-Politiken weggenommen haben. Typisch sozialdemokratisch: Heger statt Jäger, Sozialarbeiter statt Ordnungsmacht, Mitgefühl für die Räuber statt für die Opfer. Dafür müssen sie büßen, Strafraktionen gibt es, wohin man blickt: Die Linken in Frankreich und Italien sind schon erledigt, die »Stones« in Deutschland (Steinmeier und Steinbrück) jetzt auch, der Brite Brown ist der nächste, dann Hollands Vizepremier und Finanzminister Bos, der als Krisenmanager eine passable Figur machte, als bald auch der Spanier Zapatero (Regierungschef), der in der Arbeitsmarktkrise seines Landes sinkende Stern des Südens. Schließlich die oppositionellen

Nordlichter: Die Umfragen für die skandinavischen Kandidatinnen Mona Sahlin (Schweden) und Helle Thorning-Schmidt (Dänemark) sind keineswegs besser.

### Das europäische Paradoxon

Amerikanische Politikwissenschaftler, die für den Obama-nahen Thinktank *Center for American Progress* arbeiten, nennen dieses etwas absurd anmutende Phänomen treffsicher »The European Paradox«. Doch dessen ungeachtet gäbe es, so die Autoren der Studie (Matt Browne, John Halpin, Ruy Teixeira) unter Berufung auf die studierten demoskopischen Daten, für die europäische Sozialdemokratie noch Hoffnung: »Denn trotz ihrer Probleme bei den Wahlen ist sozial fortschrittliche Politik in den europäischen Gesellschaften tief verwurzelt und sie wird von Parteien links und rechts der Mitte akzeptiert.« Das gelte für die allgemeine Krankenversicherung genauso wie für die Fülle von Sozialleistungen, für die Umweltpolitik und eine ausgewogene, gemäßigte Außenpolitik. Das alles stehe »in Europa viel mehr im Zentrum der demokratischen Debatte als in Amerika«.

Das stimmt. Aber aus der Mehrheit für fortschrittliche Politik muss eine fortschrittliche Mehrheit erst wieder gemacht werden. Die europäische Linke werde sich, so die Empfehlung der Obama-Helfer, gemeinsam daran machen müssen. Wie weit die Sozialdemokraten die Machtfrage in nationalen Alleingängen unter sich ausmachen könnten und wie sehr sie vermutlich auch in neuen Bündniskategorien denken müssen, ist einer der Aspekte, die bei dieser Suche nach Wegen aus der Krise eine Rolle spielen werden, nicht nur in Deutschland.

**»Um innere Veränderungen und Eingriffe in bestehende Gewohnheiten werden Europas Parteien der linken Mitte nicht herum kommen.«**

Natürlich gibt es für Europas Parteien der linken Mitte keine einheitlichen *One-Size-Fits-All*-Modelle zur Bewältigung ihrer Akzeptanzkrise. Ein bestimmtes gemeinsames Grundmuster ist aber absehbar: Um innere Veränderungen und Eingriffe in bestehende Gewohnheiten werden sie alle nicht herum kommen.

Vor allem geht es um die Wiederherstellung der eingestürzten Brücken zwischen den sozialdemokratischen Parteien und bisherigen Mitte-Links-Wählern. Diese Rekonstruktion müsste im Sanierungsprogramm der Sozialdemokratien Priorität haben.

Zur Erinnerung: Die soziokulturelle Verankerung im Volk war die Bedingung für den Aufstieg der Arbeiterbewegung in der Frühphase des vergangenen Jahrhunderts. Der wachsende Einfluss und schließlich die Übernahme von Regierungen durch die Arbeiterparteien beruhten zunächst auf dem Vertrauen der breiten Basis. Er ist aber auch verbunden mit Führungsfiguren von historischer Bedeutung, von Jean Jaurès und August Bebel über Tage Erlander, Bruno Kreisky, Olof Palme, Joop den Uyl und Willy Brandt bis Felipe González, François Mitterrand, Poul Nyrup Rasmussen und Tony Blair. Das Zusammenwirken einer politisch motivierten Gefolgschaft und überzeugender Anführer machte die Volksparteien der linken Mitte schließlich zur prägenden Kraft des »europäischen Modells«. Sie waren in späteren Jahren oft auch technisch auf

dem neuesten Stand, verwendeten die modernsten Kommunikationsmittel und waren im Austausch ihrer Erfahrungen den Konservativen lange überlegen. Der maßlos übertriebene Mythos der »Sozialistischen Internationale« beruht auf diesen Erinnerungen an einstige Erfolge der Linken. Auf dem Weg der Modernisierung ist bei vielen aber der entscheidende Moment des Anfangs in Vergessenheit geraten: die Verankerung in der Gefühlswelt der Menschen, die Bedeutung von sozialer Nähe in der Demokratie. Die Rückgewinnung dieses Terrains – von *Reconnecting* sprechen die Kommunikationsexperten – wäre die Voraussetzung für alle weiteren Überlegungen.

### **Visionärer Pragmatismus ist das Geheimnis des Erfolgs**

Eine weitere Herausforderung für die Mitte-Links-Parteien in ihrem Kampf um verlorenes Gelände ist die Überwindung des Gegensatzes von Vision und Pragmatismus. Die Bedeutung der politischen Vision für den Erfolg im Ringen um Einfluss, Macht und Mehrheit wird von den Regierungseliten oft übersehen oder auch gering geschätzt. Dass Visionäre einen Arzt aufsuchen sollten, ist ein exemplarischer Spruch, der unter anderem einem deutschen Regierungschef zugeschrieben wird, der aber so vermutlich nie gesagt worden ist. Dafür hätte man ihn aber auch nicht besser erfinden können: Er illustriert das Misstrauen der Reformpragmatiker gegenüber Politikern, die viel von der Zukunft reden und in Projekten denken, Persönlichkeiten, deren Fehlen zunehmend beklagt wird. Dabei wäre die gelungene Balance von Vision und Pragmatismus – visionärer Pragmatismus – in der modernen Mediendemokratie das Geheimnis des Erfolgs.

**»Entscheidend ist der Ausbruch aus der Hinterzimmer-Routine und den Vorstandsritualen.«**

Und wie gewinnt man Menschen mit Führungsqualitäten und der Fähigkeit zum authentischem *Connecting* mit den Bürgern für die Parteiarbeit? Haben die Mitte-Links-Parteien die angemessene Methode zur Anwerbung von Nachwuchs? Eine Auffassung setzt sich in Europa allmählich durch und wird auch vor der Tür des Willy-Brandt-Hauses in Berlin nicht halt machen: Mehr innere Demokratisierung bei Wahlen und Nominierungsverfahren und mehr Flexibilität im gesamten Innenleben der Parteien würde deren Chancen erhöhen, neue Mitglieder zu gewinnen und damit auch neue Persönlichkeiten für Führungspositionen aufbauen zu können. Das ist sicherlich auch ohne Eins-zu-eins-Übertragung des US-Vorwahlsystems in die ungleich komplizierteren europäischen Parteiensysteme möglich. Entscheidend ist der Ausbruch aus der Hinterzimmer-Routine und den Vorstandsritualen. Das gilt nicht nur für die großen Personalentscheidungen vor den nationalen Wahlen, sondern ebenso für lokale und regionale Nominierungen. Der von den Parteien oft beklagte Mangel an nachwachsenden Führungskräften geht jedenfalls zu einem wesentlichen Teil auf deren Image und Charakter als geschlossene Gesellschaften zurück. Die institutionelle »Körpersprache« der Parteien signalisiert: Einmischung unerwünscht. Um das zu ändern, müssen die Parteien umdenken und sich ändern.

Die Rückgewinnung einer meinungsführenden Position und die Anmeldung eines realpolitischen Führungsanspruchs braucht neben der inneren Öffnung auch eine neue offensive Bündnis- und Koalitionsstrategie der progressiven Volksparteien. Eine erfolgreiche politische Strategie mit dem Ziel der weiteren demokratischen Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ist nur im Zusammenwirken mit gleich gesinnten Bündnispartnern in allen diesen Bereichen möglich. Der Fortschritt braucht Netzwerke von Gleichgesinnten. Sie gibt es nicht nur in den sozialdemokratischen Parteien, wo man ja auch die Gegner solcher Ideen versammelt findet. Fortschrittliche Köpfe mit politischem Engagement und strategischem Weitblick findet man – so wie deren Gegner – auch in den Gewerkschaften, an der Spitze und im Mittelbau modern geführter Industrieunternehmen, unter mittelständischen Unternehmern, Managern und auch Bankern, vereinzelt und bei geduldiger Suche auch im Umfeld der Verbände von Wirtschaft und Industrie, und vor allem auch in den vielfältigen Organisationen der Zivilgesellschaft – Nichtregierungsorganisationen (NGOs) –, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen. Es würde sich lohnen, mit ihnen zusammen den verloren gegangenen Grundkonsens über ein europäisches Modell des sozialen, ökologischen und demokratischen Kapitalismus neu zu begründen.

Die Arbeit an einer solchen gesellschaftlichen »Koalition« ist ungleich mühsamer als die aktuelle Debatte über mögliche linke Koalitionen, die von den Wählern so angeblich gewollt seien, vor allem »Rot-Rot« oder rote »Ampeln« ohne Gelbphase. Das Bilden der neuen Bündnisse zur Weiterentwicklung der sozialen Demokratie und des Rechts- und Wohlfahrtsstaats ist schwieriger, mühsam, manchmal frustrierend und braucht vor allem viel Fantasie, Mut und Offenheit. Mehr als im Moment in vielen Mitte-Links-Parteien sichtbar ist. Wenn sie diese Anstrengung aber auf sich nehmen, dann war die bittere Wahl-saison 2009 gewiss nicht das letzte Urteil über die europäische Linke und die sozialliberale Demokratie.